

A2 Ausführliches Statement "Kein Abbau von Klima- und Umweltschutzstandards!"

Antragsteller*in: Philip Steitz (KV Münster)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge zum Ergebnis des Koalitionsausschuss der Bundesregierung

Antragstext

1 Die Ampel-Koalition hat vereinbart, die Grundlagen der deutschen Klimapolitik
2 auf den Kopf zu stellen. Vor etwas mehr als drei Jahren sind Millionen Menschen
3 mit Fridays for Future auf die Straße gegangen, die GroKo hat sich dem Druck der
4 Zivilgesellschaft gebeugt und schließlich 2020 das Klimaschutzgesetz eingeführt.
5 Wie das Gesetz genau wirkt, konnten wir erstmals richtig im Oktober 2022 sehen:
6 Verkehrsminister Wissing musste ein Sofortprogramm vorlegen, weil er seine
7 klimapolitischen Hausaufgaben nicht gemacht hatte. Was für eine Blamage! In der
8 öffentlichen Debatte wurde deutlich, welche Veränderungen im Verkehrsbereich
9 notwendig wären, um den Klimawandel zu begrenzen. Die Umwelthilfe hat [Klage](#)
10 eingereicht, weil Wissings Programm vollkommen [unzureichend](#) war.

11 Wenn die Ampel-Koalition umsetzt, was sie am 28. März beschlossen hat, war diese
12 Debatte nicht nur die erste um ein „Sofortprogramm“, sondern auch die letzte.
13 Nach dem Beschluss soll das Klimaschutzgesetz deutlich entschärft werden, so
14 dass für diese (und künftige) Regierungen weniger Handlungszwang entsteht.

15 Die geplante Rückabwicklung des Klimaschutzgesetzes:

16 Im Einzelnen sind die folgenden Änderungen am Klimaschutzgesetz geplant:

- 17 • Abschaffung der Sofortprogramme: Es wird die Regelung abgeschafft, dass
18 das zuständige Ministerium ein Sofortprogramm auflegen muss, wenn es seine
19 Ziele verfehlt (jetzt noch: [§ 8 Absatz 1 Klimaschutzgesetz](#)). An die Stelle
20 treten unverbindliche „Vorschläge“ der Ministerien. Unklar ist, ob diese
21 überhaupt veröffentlicht werden sollen.
- 22 • Überschreitung der Minderungsziele wird erst nach zwei Jahren relevant:
23 Diese „Vorschläge“ müssen in Zukunft erst gemacht werden, wenn das
24 Minderungsziel in zwei aufeinanderfolgenden Jahren verfehlt wurde – und
25 nicht schon nach einem Jahr, wie das jetzt noch das gesetzlich
26 vorgeschriebene Sofortprogramm.
- 27 • Sektorziele nicht mehr rechtsverbindlich: Bisher hat jeder Sektor
28 (Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft,
29 Abfallwirtschaft und Sonstiges) eigene jährliche Minderungsziele. Nach der
30 geplanten Gesetzesänderung darf ein Sektor seine Minderungsziele
31 überschreiten, wenn ein anderer seine Ziele übererfüllt hat. Mit dieser
32 neuen Verrechnungsmethode wird die Verbindlichkeit der Ziele verwässert.
33 Wissing kann dann in Zukunft wieder mit dem Finger auf andere zeigen:
34 „Macht ihr doch!“

35 Die geplante Absenkung von Umwelt- und Naturschutzstandards unter dem Deckmantel
36 der „Beschleunigung“:

37 Nicht nur soll die Klimapolitik dereguliert werden, sondern die Ampel-Koalition
38 hat sich auch noch darauf geeinigt, Umwelt- und Naturschutzstandards im
39 Schienen- und Straßenbau abzusenken. Bestimmte Projekte sollen per Gesetz als im

40 „überragenden öffentlichen Interesse“ definiert werden. Dabei schwingt der
41 Vorwurf mit, Behörden und Gerichte würden zurzeit Belange wie Lärmschutz,
42 Emissionen oder Zerstörung der Natur zu stark gewichten und somit die Projekte
43 aufhalten. Anstatt die Interessen im Einzelfall miteinander abzuwägen, will die
44 Ampel-Koalition, dass das Ergebnis der Abwägung schon feststeht, bevor überhaupt
45 Daten erhoben wurden. Damit wird es wohl auch Umweltverbänden und betroffenen
46 Bürger*innen erschwert, auf solche Großprojekte Einfluss zu nehmen.

47 Unsere Kritik: Wir wollen keinen Abbau von Klima- und Umweltschutzstandards!

48 Als Gegenleistung für den strukturellen Umbau der Klimapolitik bekommen die
49 Grünen laut der [Vereinbarung](#) „Lkw-Maut, Reform Straßenverkehrsrecht,
50 Minderungsmaßnahmen Busse und Car-Sharing“ – ein paar für sich genommen
51 sinnvolle Einzelmaßnahmen. Erkauft werden sie, indem wesentliche Teile des
52 Klimaschutzgesetzes von 2020 zurückgenommen werden, welches eigentlich den
53 verbindlichen Rahmen für die Klimapolitik bis 2045 bilden sollte. Dass die
54 Grünen im Bund jetzt dabei mitmachen, die von Fridays for Future und der
55 Zivilgesellschaft so hart erkämpften klimapolitischen Errungenschaften wieder
56 abzuwickeln und damit noch hinter die damals so vehement kritisierte GroKo
57 zurückfallen, ist eine tragische Wendung der Geschichte.

58 Im Umwelt- und Naturschutzbereich redet die Ampel-Koalition als „Beschleunigung“
59 schön, was eigentlich nur die Deregulierung ist, die von der Wirtschaftslobby
60 gefordert wird, seit es Umweltvorschriften gibt. Wir als Grüne sollten nicht das
61 Narrativ übernehmen, Planungsverfahren würden an Umweltverbänden scheitern, die
62 sich um solche vermeintlichen Nebensächlichkeiten wie bedrohte Arten sorgen.
63 Statt Deregulierung und Absenkung von Umweltstandards braucht es in Umweltfragen
64 kompetente Behörden, die ihre Prozesse gut organisieren – und nicht wegen
65 mangelnder Digitalisierung in Bergen von Papierstapeln untergehen.

66 Unsere Forderung an die Grüne Bundestagsfraktion, den Grünen Bundesvorstand und 67 die Grünen Minister*innen:

68 Dass wir als Grüne in einer Koalition nicht jede eigentlich notwendige
69 Klimaschutzmaßnahme durchsetzen können, verstehen wohl viele. Wenn jetzt aber
70 die Grünen dafür herhalten sollen, von der Klima- und Umweltbewegung hart
71 erkämpfte Errungenschaften wieder abzuschaffen, ist eine rote Linie
72 überschritten. Daher fordern wir die Grünen im Bund dazu auf:

- 73 • die Sofortprogramme im Klimaschutzgesetz nicht abzuschaffen,
- 74 • die Verbindlichkeit der Sektorziele nicht aufzuheben
- 75 • und Baumaßnahmen nicht auf Kosten der Umwelt voranzutreiben.

Begründung

Dies ist mein Textentwurf für ein ausführliches Statement des Kreisverbandes. Mir ist wichtig, die problematischen Punkte genau zu benennen, wenn wir damit an die Öffentlichkeit gehen.

Ich freue mich über eure Anregungen. Falls noch jemand an einem Text arbeitet, könnte man sich gerne zusammensetzen.

Als Lektüreempfehlung habe ich noch den [Verfassungsblog](#): „Vorwärts in die Klimapolitische Vergangenheit“